



FACHHOCHSCHULE DES BFI WIEN

Wie funktioniert der Gesetzgebungsprozess in Deutschland, Österreich und Italien?



Mario Sandriesser, Stephan Ullrich

Politische Systeme Westeuropas – Referat

Dr. Alexander Straßner

23.01.2014

Was ist ein Gesetzgebungsprozess?

Ein Gesetzgebungsprozess (GGP) beschreibt ein Verfahren zur Schaffung von Rechtsnormen. Rechtsnormen sind die Basis jeder staatlichen Ordnung. GGP sind länderspezifisch und teilweise sehr differenziert. Die Kompetenzen zum GGP müssen genau geregelt sein. (Verwaltungskompetenz)

Der Gesetzgebungsprozess in Deutschland - Art 70GG

Der deutsche GGP wird durch das Deutsche Grundgesetz in § 70ff. normiert. Das Deutsche Grundgesetz ist die provisorische Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Das Deutsche Grundgesetz wurde durch 65 Parlamentarische Räte beschlossen und basiert auf den Entwürfen der Westalliierten und des Herrenchiemseer Verfassungskonventes und ist am 23. Mai 1949 in Kraft getreten. Das Deutsche Grundgesetz (GG) gilt seit der Wiedervereinigung Deutschlands im gesamten Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die Möglichkeit das Deutsche Grundgesetz in den Rang einer Verfassung zu heben, ist weiterhin gegeben.

Exkurs: Warum heißt das Deutsche Grundgesetz nicht Verfassung?

Der deutsche Gesetzgebungsprozess in der Praxis

Die Gesetzgebungskompetenz liegt bei den Bundesländern, außer das Grundgesetz spricht dem Bund Gesetzgebungskompetenz zu - Art 70GG. Durch konkurrierende und Rahmengesetzgebung (Art 72 u 75 GG) hat Bund deutlich mehr Gesetzgebungskompetenz. „Normale“ Gesetzesentwürfe werden von den FachreferentInnen der betreffenden Ministerien ausformuliert. Politisch relevante Gesetzesentwürfe werden von der Regierung ausformuliert.

Einbringung von Gesetzesanträgen

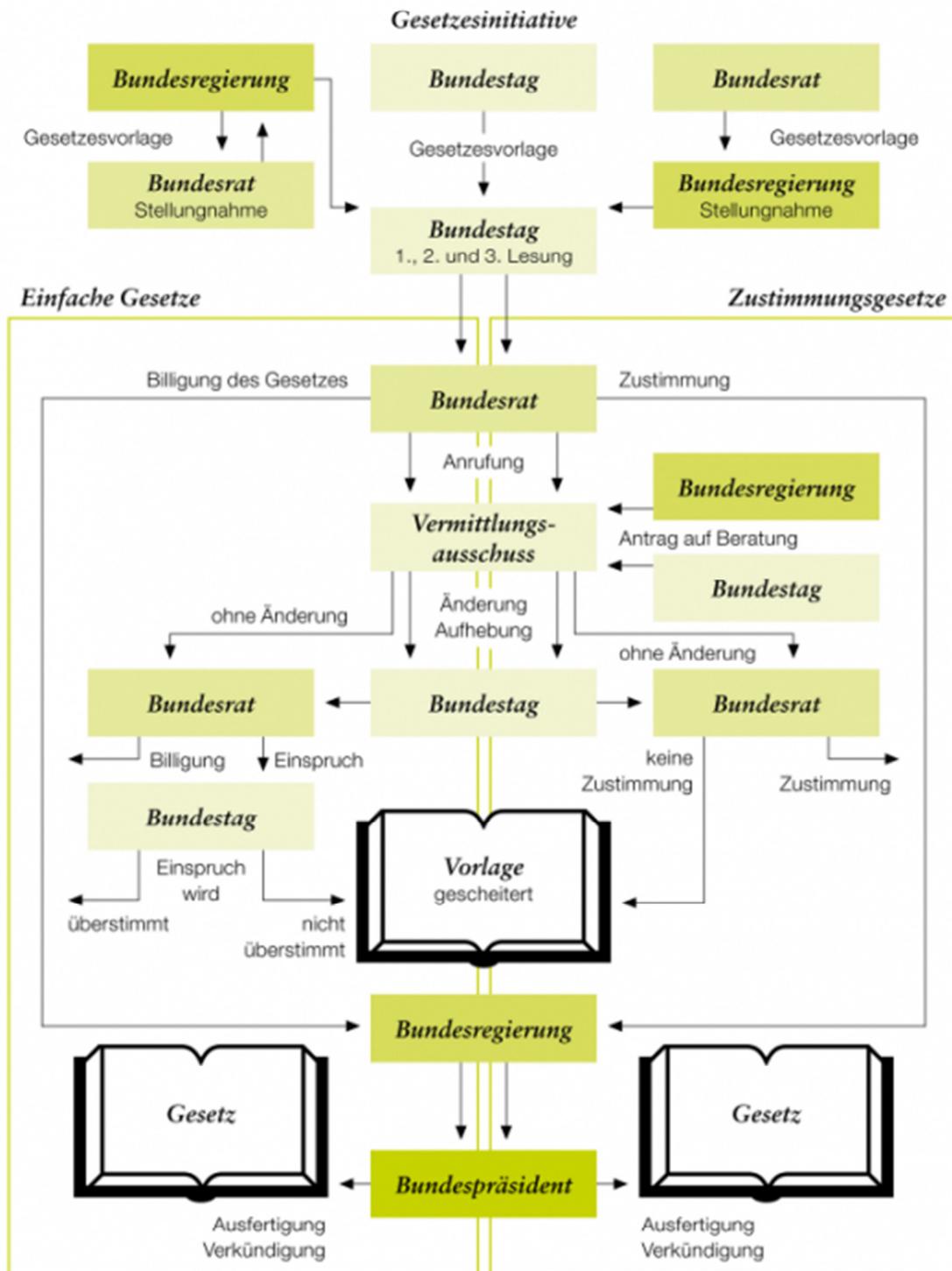
Gesetzesanträge können im Bundestag durch folgende Organe eingebracht werden:

- Bundesregierung (Mehrheit der Entwürfe)
- Bundesrat
- Fraktion
- Fünf pro cent der MdB

Gesetzesanträge können weiters durch die Qualität Ihres Zustandekommens unterschieden werden:

- Einspruchsgesetz
 - Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich
 - Bundesrat kann aber Einspruch erheben
 - Einspruch kann von Bundestag zurückgewiesen werden
- Zustimmungsgesetz
 - Zustimmung des Bundesrates erforderlich
 - Berühren meist verfassungsrelevante Bereiche oder völkerrechtliche Verträge
 - Bundesrates kann Zustimmungsgesetz ultimatativ ablehnen

— Ein Gesetz entsteht



Verfassungsändernde Gesetze erfordern eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat

© Erich Schmidt Verlag / Bergmoser + Höller

Figure 1 - www.staatsrecht.honikel.de/de/gesetzgebungskompetenz.htm

Der Gesetzgebungsprozess in Österreich - Dialog der Sozialpartner

Der Gesetzgebungsprozess wird in Österreich vor allem durch das einzigartige System der Sozialpartnerschaft geprägt. Bereits vor der Behandlung durch das Parlament wird im sog. Vorparlamentarischen Bereich eine Gesetzesinitiative von allen politisch relevanten Akteuren auf Herz und Nieren geprüft. Durch dieses System des sozialpartnerschaftlichen Dialogs verschmelzen Exekutive und Legislative im legislativen Gestaltungsprozess. Wolfgang Ismayr bezeichnet dies als „Parteien- und Verbändestaat“. Als gelernter Österreicher mag man dieser Bezeichnung der österreichischen, politischen Kultur nichts entgegensetzen.

- Vorparlamentarischer Bereich (Bundesregierung, Verwaltung, Sozialpartner und Interessensverbände)
- Parlamentarischer Bereich (Nationalrat)
- Formalisiertes Begutachtungsverfahren des Vorparlamentarischen Bereiches

Besondere Formen der Gesetzesinitiative

- Volksbegehren
 - 100000 Unterschriften Wahlberechtigter
 - Behandlung durch Nationalrat wie Gesetzesvorlage
 - Eher Werkzeug der Opposition
- Initiativantrag durch
 - 8 MdNR, Ausschuss des Nationalrat, Bundesrat
 - Behandlung durch Nationalrat wie Gesetzesvorlage
 - Einbringung durch Opposition → Aufmerksamkeit
 - Einbringung durch Fraktionsangehörige der Regierung → Umgehung des Begutachtungsverfahrens

Der österreichische Gesetzgebungsprozess in der Praxis

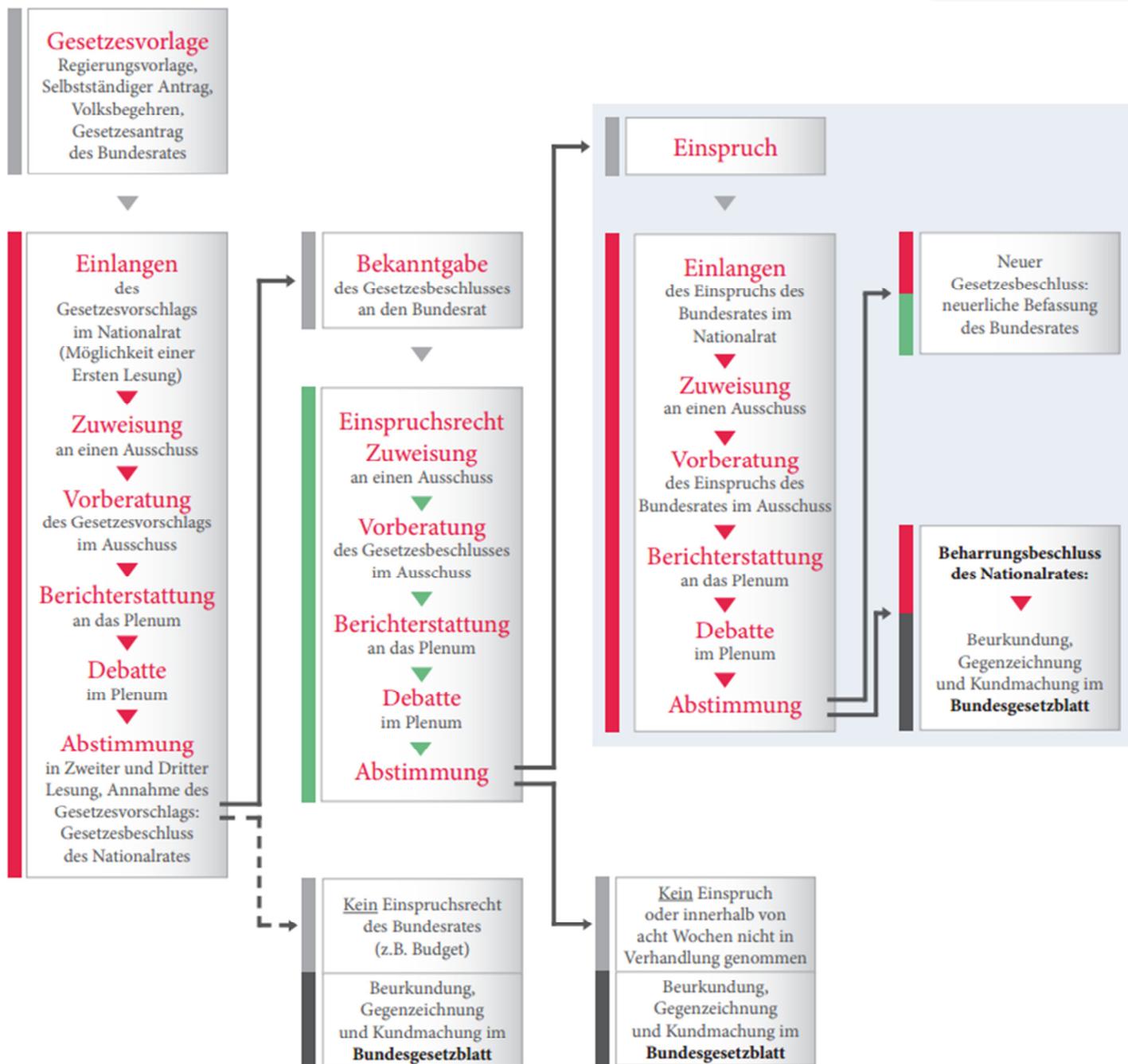


Figure 2 - www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Weg_der_Bundesgesetzgebung.pdf

Der Gesetzgebungsprozess in Italien - Eine langsame Angelegenheit

Der italienische Gesetzgebungsprozess wird vor allem durch den in der italienischen Verfassung verankerten Bikameralismus, das Zweikammersystem, dominiert. Dieses System zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus, die den Gesetzgebungsprozess in Italien manchmal sehr erschweren und wichtige Reformen verzögern.

Merkmale der Bikameralismus

- Gleichberechtigtes Zweikammersystem
- Beide Kammern Abgeordnetenhaus und Senat entscheiden im GGP miteinander
- Extrem langsame Umsetzung von Gesetzesinitiativen (Verschleppung)
- Natürliche Lähmung der italienischen Politik

Der österreichische Gesetzgebungsprozess in der Praxis

Einbringung von Gesetzesinitiativen durch

- Regierung
- Einzelne Parlamentarier
- Fraktionen
- C.N.E.L. (Gremium für Wirtschafts- und Arbeitsfragen)
- Regionalräte
- Kommunalräte

Entscheidende Rolle der Ausschüsse beider Kammern

- Überprüfung der Gesetzesinitiativen
- Ergänzungen, Beratungen, Formulierungen
- Annahme der Gesetzesinitiativen in dringlichen Fällen (Mini-Gesetze, legghine)
- legghine oft missbraucht um Interessen durchzusetzen; heute eher selten

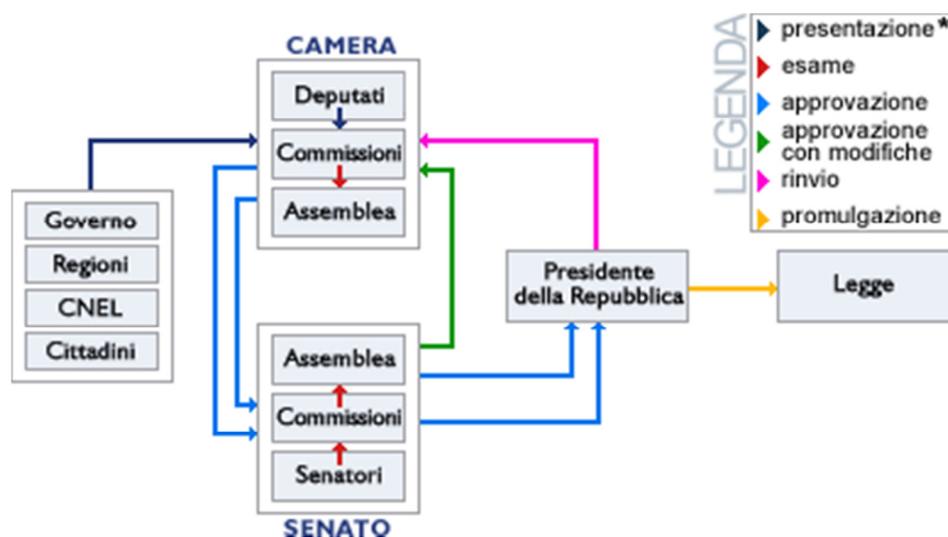


Figure 3 - www.soldionline.it

Literaturverzeichnis

www.staatsrecht.honikel.de/de/gesetzgebungskompetenz.htm

Rechtswörterbuch - Carl Creifelds - Beck C. H., 2004

Das politische System in Österreich, Univ. Prof. Dr. Emmerich Tálos, Bundeskanzleramt
Bundespressedienst, 2000

www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Weg_der_Bundesgesetzgebung.pdf

Die politischen Systeme Westeuropas, Wolfgang Ismayr, Leske + Budrich, 1997

Das politische System Italiens, H. Ullrich, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004

Costituzione della Repubblica Italiana, 1947

www.soldionline.it